53. Jahrgang. № 80. Sonntag, 21. März 1909

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 6 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäftsanzeigen an der Publizistischen Stelle 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — An Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 20 Pf. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Milch-Chocolade No. 600. Einzelverkauf · Dresden, Altmarkt 2.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Reinste u. mildeste aller Toilette-Seifen! Dresden Guthmann's **Cosmos-Seife** ist die beste für den Teint Stück 25 Pfg. Hochfein parfümiert. Zu haben in all. einschl. Geschäften.

Kunst-Salon von **Emil Richter** Prager Strasse Prager Strasse **Hochzeits-Geschenke.** Geschmackvoll :: Künstlerisch :: Preiswert.

GALERIE ERNST ARNOLD 34 Schloss-Strasse. Schloss-Strasse 34.

MAX KLINGERS Brahms Denkmal.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Ziemlich warm, vielfach heiter.

Kaiser Wilhelm nahm gestern den Vortrag des Chefs des Marinekabinetts entgegen.

Im Reichstag äußerte sich bei der Weiterberatung des Militär-Etats Kriegsminister v. Einem scharf gegen die antimilitaristischen Bestrebungen der Sozialdemokraten.

Die Orientkrisis hat zum Abschluß einer österreichisch-türkischen Militärkonvention geführt; der montenegrinische Geschäftsträger in Konstantinopel erklärte, für Montenegro und Serbien sei die Neutralitätserklärung eines Streifens von Novibazar oder Bosnien die geringste Konzession.

Eine aus 50 Vertretern englischer Munizipalitäten bestehende Abordnung wird Ostern eine Anzahl deutscher Städte zum Studium des Städtebaues besuchen.

Die Vereinigten Staaten haben Nicaragua ein Ultimatum gestellt.

Die englischen Marinedebatten

werfen ein helles Schlaglicht auf die geradezu krankhafte Angst, die sich des britischen Volkes gegenüber der deutschen Flottenrüstung bemächtigt hat. Die Reden, die im Londoner Unterhause gehalten worden sind, muten fast wie eine Sensation an; waren auch verschiedene Schattierungen der Sorge vorhanden, so gab es doch nur eine Stimme darüber, daß Deutschland der Gegner sei, den man hauptsächlich zu fürchten habe und gegen den man sich mit allen Kräften wappnen müsse. In den tagelangen Debatten war immer wieder und wieder nur von Deutschland die Rede, als ob es sonst in der Welt überhaupt keine anderen seefahrenden Nationen gäbe außer den Deutschen und Engländern. Die Erörterungen im Parlament haben im englischen Volke ein so lebhaftes Echo gefunden, daß man von nichts anderem mehr spricht und alle Zeitungen voll von Abhandlungen über das maritime Verhältnis zwischen Deutschland und England sind. Selbst die durch den serbisch-österreichischen Konflikt heraufbeschworenen Kriegsgefahren werden weniger beachtet, und man kann wohl sagen, daß sich seit den Unglückstagen des Burenkrieges niemals eine solche Aufregung der Engländer bemächtigt hat, wie jetzt. Man fragt sich vergeblich, warum eigentlich. Die Ueberlegenheit der englischen Flotte ist so offenkundig, daß die Engländer bezüglich ihrer Seeherrschaft vollkommen beruhigt sein könnten, wenn sie den Tatbestand nüchtern prüfen würden. Aber die Nervosität, der man in London anscheinend unheilbar verfallen ist, läßt unsere Vettern jenseits des Kanals Gespenster sehen. Von allen Rednern im englischen Unterhause wurden Vergleiche zwischen der eigenen und der deutschen Flotte gezogen, aber alle waren falsch, denn man schätzt die englische Flottenstärke ganz tendenziös möglichst niedrig, die deutsche dagegen ungebührlich hoch ein. Eine zahlenmäßige Betrachtung ergibt jedoch mit aller Deutlichkeit, daß die Engländer, wie zurzeit, so auch in naher und ferner Zukunft uns immer um das Drei- und Viersache überlegen sein werden. Es ist gut, daran zu erinnern, daß Deutschland augenblicklich überhaupt noch keinen fertigen „Dreadnought" hat, während England schon jetzt deren dreizehn im Bau und fertig besitzt. Dazu kommen weitere vier nach dem englischen Bauprogramm für 1909 und abermals weitere vier für 1910. England wird also im Jahre 1912 im ganzen einundzwanzig „Dreadnoughts" zählen und damit der deutschen Flotte um acht gewaltige Schiffe überlegen sein, denn wir können im Jahre 1912, falls die Forderungen des Reichsmarineamts bewilligt und die zu erbauenden Schiffe rechtzeitig fertiggestellt werden, höchstens dreizehn „Dreadnoughts" aufweisen. Wenn der englische Marinefachminister Mc. Kenna mit siebzehn deutschen Riesenschlachtschiffen für 1912 rechnete, so mußte er sich von dem Premierminister Asquith sofort dahin belehren lassen, daß es für Deutschland einfach „eine physische Unmöglichkeit" sei, so schnell über so viele „Dreadnoughts" zu verfügen.

Damit ist aber die englische Ueberlegenheit nicht erschöpft. Wie die „Daily News" richtig bemerkt, kommen die Schiffe der englischen „Nelson"-, „King Edward"- und „Invincible"-Klasse mit ihren 17 000 und 18 000 Tonnen den „Dreadnoughts" an Kampfkraft ziemlich nahe, während Deutschland gegenwärtig noch nicht ein einziges Schiff über 18 000 Tonnen besitzt. Mit seinen noch im Bau begriffenen neuen Schiffstypen ist England bereits bei 21 000-Tonnen-Kolossen angelangt. Betrachtet man die Verhältnisse ohne Voreingenommenheit, so kann weder jetzt noch für die Zukunft von einer „bedrohlichen Rivalität" der deutschen Kriegsflotte die Rede sein, wie das die Engländer zu behaupten lieben. Wir bleiben bei unserem Flottengesetz von 1900 auch fürderhin, und Deutschland hat sogar, wie der Premierminister im englischen Unterhaus mitteilte, ausdrücklich erklärt, daß es an eine Beschleunigung des Bautempos nicht dächte. Woher also die englischen Sorgen? Das, was allerdings eine Erhöhung des Wertes der deutschen Flotte bedeutet, beruht lediglich darin, daß die Ersatzbauten, wie es doch eigentlich selbstverständlich ist, nach dem Typ ausgeführt werden, der nach dem gegenwärtigen Stande der militärischen Schiffsbaukunst als der zweckdienlichste zu gelten hat. Darin liegt nun aber, wie die „Frankf. Ztg." in einer scharfen Epistel an die Londoner Adresse treffend ausführt, der Hauptfehler der englischen Rechnung, die, bewußt oder unbewußt, immer nur die Schiffe des „Dreadnought"- und „Invincible"-Typs auf beiden Seiten zählt, während es doch am Tage ist, daß mit dem Bau dieser Typen die zahlreichen großen Schiffe, über die England bereits vorher verfügte und die bereits nahe an die heutige Größe herankamen, und jedenfalls den älteren deutschen Schiffen gewaltig überlegen waren, nicht auf einmal altes Eisen geworden sind. Auch die neuen deutschen, nach dem großen Typ gebauten Schiffe bleiben hinter den gleichartigen englischen Schiffen an Tonnenzahl ganz erheblich zurück. Während England über 52 fertige Linienschiffe mit rund 800 000 Tonnen Deplacement verfügt, hat Deutschland nur 24 Linienschiffe, die jünger als 20 Jahre sind und nicht mehr als 287 000 Tonnen Deplacement haben. Das Verhältnis der Panzerkreuzer stellt sich noch mehr zugunsten Englands, und auch, wenn man die im Bau begriffenen Schiffe dazu rechnet, wird dies Verhältnis nicht geändert. Die Argumente der britischen Admiralität sind also, so weit sie auf Deutschland Bezug nehmen, keineswegs überzeugend. Daß England seinen Zweimächte-Standard aufrecht erhalten will, ist seine Sache und wird ihm niemand verdenken. Aber es ist nicht berechtigt, immer wieder Deutschland als die Ursache der erhöhten Ausgaben hinzustellen, die es für die Aufrechterhaltung dieses Standards aufwenden will. Wie England diesen Standard auffassen will, ist seine Sache, aber es kann uns nicht wohl zumuten, daß wir wegen dieser Auffassung unsere Schiffe nach veralteten Typen erbauen oder minder gut ausrüsten, als die Marine-Sachverständigen es verantworten zu können glauben.

Es muß deshalb immer aufs neue scharf betont werden, daß die deutschen Seerüstungen England keinen Grund zur Besorgnis geben können. Wir haben häufig genug erklärt, daß uns alle aggressiven Absichten fernliegen (die ja auch bei den geschilderten Stärkeverhältnissen hellem Wahnsinn gleichkämen!) und daß wir beim Flottenausbau lediglich unseren eigenen nationalen Interessen und Bedürfnissen Rechnung tragen wollen. In der Zurückweisung der englischen Verdächtigungen und Unterstellungen scheint uns die an anderer Stelle des Blattes bereits mitgeteilte offiziöse Erklärung der „Köln. Ztg." etwas leudenlahm und zaghaft. Hier hätten kräftigere Töne angeschlagen werden müssen; die Engländer pflegen ja auch kein Blatt vor den Mund zu nehmen! Die Engländer mögen rüsten, soviel sie wollen, aber sie sollen endlich aufhören, uns vor aller Welt als den Grund ihres Rüstens zur See hinzustellen. Das ist eine infame Spiegelfechterei, das ist sogar ein Spiel mit dem Feuer, denn wenn die Briten immer wieder und wieder und sogar vom Regierungstische aus Deutschland als besorgniserregendes Schreckgespenst hinstellen, kann sich leicht eine Verbitterung und Reizung zwischen beiden Völkern einstellen, die unter Umständen Gefahren für den Frieden mit sich bringt. Unwillkürlich wird auch in Deutschland der Verdacht rege, daß England es mit seinem Wettrüsten auf die gelegenkliche Vernichtung der deutschen Flotte abgesehen hat, denn man kann sich hierzulande nicht recht erklären, weshalb England derartige Anstrengungen macht, seine „Seeherrschaft zu behaupten", die von der schwachen deutschen Flotte doch gewiß nicht bedroht ist. Die englischen Marinedebatten haben erklärlicherweise auch in den deutschen Reichstag hinübergespielt; die Budgetkommission hat sogar den Reichskanzler um persönliches Erscheinen gebeten, um von ihm nähere Aufklärungen zu hören. Mit Rücksicht auf ihre Arbeitsüberlastung konnten weder Fürst Bülow noch der Staatssekretär des Auswärtigen in der Budgetkommission erscheinen, wohl aber hat sich Admiral von Tirpitz geäußert. Obgleich er es für unzweckmäßig erklärte, auf die Erörterungen im englischen Unterhause des näheren einzugehen, ließ er doch durchblicken, daß auch er keinen Grund für die englische Aufregung sähe und diese in tatsächlichen Verhältnissen keine Basis fände. Das deutsche Flottengesetz sei ein Produkt langer Ueberlegungen und hätte lediglich die Aufgabe, den Frieden auch gegenüber dem mächtigsten Gegner zu sichern. Soweit es sich übersehen lasse, würde die Flotte in gefechtsmäßiger Stärke auf absehbare Zeit dieser Absicht genügen. Schon jetzt mache sich nach seiner Ueberzeugung die politische Wirkung der deutschen Flotte in günstiger Weise geltend. Ein Grund, sich über die deutschen Flottenrüstungen zu beunruhigen, läge für keine Macht vor. Diese Aeußerungen scheinen aber auf die englischen Heißsporne nicht gewirkt zu haben. Die Debatte soll am Montag im Unterhaus fortgesetzt werden. Die Opposition wird nach wie vor bei ihrer Forderung von acht statt vier „Dreadnoughts" für dieses Jahr beharren.

Neueste Drahtmeldungen vom 20. März.

Zur Orientkrisis.

Berlin. Der türkische Minister des Aeußeren Rifaat Pascha ist heute vormittag nach Rom abgereist.

Die Auffassung in Berlin.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber die politische Situation verlautet hier, daß die Arbeit der Großmächte zur Herbeiführung eines gemeinschaftlichen Schrittes in Belgrad ungeschwächt fortdauert. Ihr Zweck ist, die serbische Regierung zu veranlassen, die neueste österreichisch-ungarische Note ungesäumt in befriedigender Weise zu beantworten. Daß Herr v. Aehrenthal angesichts der bisherigen Ergebnisse sich diesmal in äußerst knapper und bündiger Form an Serbien wenden wird, nimmt hier nicht wunder. Seine Note wird jedenfalls dazu geeignet sein, den großen Ernst der Lage den serbischen Machthabern noch ein letztes Mal vor Augen zu führen. Allzu große Hoffnungen, daß sie die serbischen Heißsporne noch zur Raison bringen werde, gibt man sich hier nicht hin.

Erklärungen Milowanowitschs.

Wien. Die „Neue Freie Presse" veröffentlicht eine Unterredung mit dem serbischen Minister des Aeußeren Milowanowitsch. Der Minister erklärte: Es wäre gut, wenn die Mächte einen neuen Schritt unternähmen, noch bevor Serbien seitens des unmittelbar interessierten Oesterreich-Ungarns etwaige neue Vorschläge erhalten sollte. Er sei immer ein überzeugter, treuer Freund und Verfechter des Friedens gewesen. Er sei das auch heute noch. Er habe unaufhörlich alles aufgeboten, damit der Frieden erhalten bleibe. Er wünsche nicht nur die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn, sondern womöglich die gegenseitigen Beziehungen in Zukunft freundlicher und herzlicher auszugestalten. Von diesem Wunsche werde die gesamte serbische Regierung künftig bei ihrer Haltung geleitet werden. Ob er verwirklicht werden könne, hänge in erster Linie von Oesterreich-Ungarn ab. Serbien werde die neue Note Oesterreich-Ungarns mit der größten Aufmerksamkeit und dem besten Willen prüfen, um eine zufriedenstellende Antwort geben zu können.

Der Standpunkt Serbiens und Montenegros.

Konstantinopel. Der montenegrinische Geschäftsträger legte in einer Unterredung über die auswärtige Lage den Standpunkt Montenegros und Serbiens dar. Der zwischen beiden Ländern bestehende Militärvertrag beziehe sich sowohl auf den Offensiv- als auch auf den Defensivfall. Die geringste Konzession für Serbien und Montenegro bestehe in der Neutralitätserklärung eines Streifens von Novibazar oder Bosnien. Mit der Aufhebung des Art. 29 des Berliner Vertrags werde Montenegro sich nicht begnügen, denn die Bestimmungen dieses Artikels würden de facto auch jetzt nicht eingehalten. Die Lage sei ernst, da von einem weiteren Notenwechsel nicht viel zu erhoffen sei.

Die Haltung der Türkei.

Konstantinopel. Der stellvertretende Minister des Aeußeren erklärte bezüglich der Stellung der Türkei, von der Abtretung oder Neutralitätserklärung eines Streifens von Novibazar könne keine Rede sein. Auch die Großmächte würden nicht einwilligen. Die Konferenz könne nur in Betracht kommen, wenn die territorialen Ansprüche Serbiens ausgeschaltet würden. Das Verbot der Waffendurchfuhr sei in der gestrigen Sitzung vom Ministerrate endgültig bestätigt worden. Die Regierung sei dabei von dem Wunsche geleitet, die Erregung Serbiens nicht noch mehr zu erhöhen. Für die Türkei seien militärische Maßregeln nicht nötig, da in dem bedrohten Gebiete eine genügende Truppenmacht sei. Die Lage sei ernst, aber aus dem weiteren Notenaustausche sei noch immer eine friedliche Lösung zu erhoffen. Bezüglich Deutschlands erklärte der Minister, die Pforte erkenne durchaus die Haltung der deutschen Regierung an. Deutschland sei derjenige Staat, dessen Vorgehen in der ganzen Angelegenheit die meiste Besonnenheit zeige.

Heftig ist der Streit von Friedrich Glöckner